

## 10. Zugängliche Bildung

Einzelinitiative Leandra Columberg, Dübendorf, vom 22. Februar 2019

KR-Nr. 105/2019

*Die Einzelinitiative hat folgenden Wortlaut:*

Die Volksschule wird verpflichtet, das Angebot an Gymi-Vorbereitung so auszubauen, dass alle interessierten Schülerinnen und Schüler Unterstützung und eine faire Chance erhalten, die Aufnahme ins Gymnasium zu schaffen.

Begründung:

Im Kanton Zürich müssen Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium besuchen wollen, eine Prüfung ablegen. Ohne gezielte Vorbereitung schaffen nur wenige diese hohe Hürde. An der Volksschule wird zwar Prüfungsvorbereitung angeboten. Die Unterschiede sind von Schule zu Schule aber enorm. Qualität und Umfang dieser Kurse schwanken sehr stark. Fast alle Schülerinnen und Schüler aus finanziell besser gestellten Familien nehmen deshalb Intensiv-Kurse an Privatschulen in Anspruch. Diese sind aber sehr kostspielig und bleiben deshalb Kindern und Jugendlichen aus finanziell weniger privilegierten Verhältnissen verwehrt. Das Resultat dieser störenden Ungerechtigkeit zeigt sich an allen Kantonschulen: Kinder mit Migrationshintergrund und aus wirtschaftlich schwächeren Familien sind enorm untervertreten. Das soll sich ändern. Alle Kinder verdienen eine faire Chance für den Zugang zu weiterführenden Schulen. Die Volksschule muss dazu verpflichtet werden, eine qualitativ hochwertige und ausreichende Gymi-Vorbereitung für alle interessierten Schülerinnen und Schüler anzubieten.

*Ratspräsident Dieter Kläy:* Eintreten auf die Einzelinitiative ist obligatorisch. Gemäss Paragraph 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von wenigstens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Wird das Wort zur Frage der Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht? Das ist der Fall.

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf):* Wer im Kanton Zürich an ein öffentliches Gymnasium möchte, muss dafür eine Prüfung ablegen. Dies soll als faire und objektive Methode die dafür geeigneten Schülerinnen und Schülern zulassen. Ohne jetzt andere grundsätzliche Problematiken dieser Selektionsmethode anzuschneiden, müssen wir festhalten, dass diesbezüglich nun beim besten Willen nicht von Chancengleichheit gesprochen werden kann.

Auf die Aufnahmeprüfung bereiten sich Schülerinnen und Schüler vor. Das ist eine Tatsache. Wer Lernstrategien, Prüfungsstrukturen und Beispielaufgaben kennt, wer üben konnte und Feedback erhielt, ist klar in einem Wettbewerbsvorteil. An den Volksschulen wird in der Regel eine Form von Vorbereitung angeboten, doch die Unterschiede von Schule zu Schule sind enorm und die Qualität und der Umfang dieser Vorbereitungsangebote schwanken. Nicht alle Schulgemeinden im Kanton Zürich bieten flächendeckend Vorbereitungskurse an. Und dieser

Misstand wurde bereits 2013 im Kantonsrat thematisiert. Das hat zur Folge, dass viele Kinder und Jugendliche aus finanziell besser gestellten Familien private und kostspielige Vorbereitungskurse in Anspruch nehmen. Diese Kurse boomen; das Angebot wird rege genutzt von jenen, die es sich leisten können. Denjenigen aus finanziell weniger privilegierten Verhältnissen bleibt dies verwehrt, und sie sind entsprechend in einem Nachteil.

Gut doppelt so vielen Schülerinnen und Schülern aus Meilen gelingt jeweils der Übertritt ins Gymnasium als jenen aus Dielsdorf oder Pfäffikon. Es kann doch nicht sein, dass der sozio-ökonomische Status der Eltern bestimmt, wer ans Gymnasium zugelassen wird anstelle der individuellen Eignung, zumal es ja diverse Bildungswege und Ausbildungen gibt, welche vielen Jugendlichen mehr entsprechen.

Also, sorgen wir doch dafür, dass wir zumindest einen kleinen Beitrag zur Chancengleichheit in der Bildung leisten und möglichst diejenigen Schülerinnen und Schüler, die dafür geeignet sind, ans Gymnasium gehen und nicht die, mit dem dicksten Portemonnaie.

Deshalb bitte ich Sie, die Einzelinitiative zu unterstützen. Vielen Dank.

*Rochus Burtscher (SVP, Dietikon):* Ich nehme es vorweg: Die SVP unterstützt die EI nicht.

Die Volksschule hat den Auftrag, die Schülerinnen und Schüler nach ihren Fähigkeiten bestmöglich auszubilden, sodass alle dorthin kommen, wo sie nach ihren Fähigkeiten eingesetzt werden können. Zudem müsste es die Berufsethik der Lehrpersonen sein, ohne Aufforderung Unterstützung zu bieten. Sehr stossend finden wir, dass alle Kinder gleichgeschaltet werden sollen. Die Chance ist de facto gesehen fair, da alle dieselbe Prüfung machen müssen.

Die Argumentation, dass nur Reiche ihre Kinder unterstützen können, stimmt natürlich zum Teil, aber diese Kinder sind wahrscheinlich eher unglücklich, weil sie nur das machen müssen, was ihre Eltern wollen. Die meisten Kinder, die von ihren Eltern «gepusht» wurden, um sich einen Platz am Gymnasium zu ergattern und dies noch mit hoher finanzieller Unterstützung, sind am falschen Ort und stehen die ganze Zeit nur unter Druck. Wollt Ihr das?

Damit sinkt auch die Qualität an den Gymnasien: Sek A-Schüler sind im Gymnasium, Sek B-Schüler sind in der Sek A und so weiter. Mit Down-Nivellierung ist es nicht gemacht. Es soll unseres Erachtens eine Elite geben, aber keine Elitären, die im Gymnasium richtig angesiedelt sind. Zudem bietet unser duales Bildungssystem allen in Ausbildung stehenden Menschen eine hervorragende Möglichkeit, jederzeit sich weiterzubilden und aufzusteigen. Sollte die Volksschule ihre Aufgabe nicht gemacht haben, dann sollten die Befürworter dieser EI sich eingestehen, dass die Volksschule kläglich versagt hat.

Lehnen Sie diese EI ebenfalls ab.

*Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten):* Laut Statistik bin ich ein Einzelfall. Meine Eltern haben weder eine Matura, noch einen Hochschulabschluss. Mit dem

Einkommen meiner Eltern kamen wir gut über die Runden, doch am Ende des Monats war nie gross was übrig.

Ich komme aus einem Dorf, in dem in der Sekundarschule keine Vorbereitungskurse angeboten wurden. Dass ich trotzdem das Gymnasium besuchen konnte, war meiner Schwester zu verdanken, die mich bei der Vorbereitung auf die Prüfung unterstützte. Doch diese Möglichkeit haben lange nicht alle Schülerinnen und Schüler, welche das Potenzial hätten, das Gymnasium zu besuchen. Noch immer ist der Besuch des Gymnasiums stark abhängig vom Umfeld und der Ausgangslage. Wer Eltern hat, die selbst studiert haben, besucht eher das Gymnasium, denn diese Eltern können die Kinder unterstützen und sind vielleicht auch Vorbilder – was den Karriereweg betrifft. Wer das Geld hat, kann seinen Kindern Vorbereitungskurse finanzieren, welche das Bestehen der Prüfung massiv vereinfachen, das auch dann, wenn aufgrund des geringen Interesses oder fehlender Ressourcen kein Kurs in der Volksschule angeboten werden.

Dieser Umstand schafft eine Ungleichheit der Chancen, welche doch eigentlich durch eine einheitliche Prüfung geschaffen werden sollten. Die Herkunft eines Kindes und das Elternhaus dürfen nicht ausschlaggebend sein, ob jemand das Gymnasium besucht oder nicht. Es muss zwingend der Grundsatz der Chancengerechtigkeit herrschen in unserem Bildungssystem. Doch so lange für den Übertritt ins Gymnasium eine Prüfung notwendig ist, die man mit genügend professioneller und intensiver Vorbereitung recht leicht bestehen kann, herrscht keine Chancengerechtigkeit, oder besser gesagt nur dann, wenn diese Angebote in der nötigen Qualität von der Volksschule angeboten werden. Nur so kann garantiert werden, dass nicht nur die Kinder der reichsten Eltern, sondern auch die Kinder mit der vorhandenen Begabung den Übertritt schaffen – unabhängig von ihrem Wohnort, ihrer Schule, der Bildung und dem Budget der Eltern. Höhere Schulbildung darf nicht von diesen Faktoren abhängen; höhere Schulbildung muss allen offenstehen.

Klar, ginge es nach mir, würde ich einfach reiche Eltern für alle statt für wenige fordern. Dies wäre aber nicht nur anspruchsvoll umzusetzen, es würde wohl hier im Raum auch kaum eine Mehrheit finden. Der vorliegende Vorstoss hingegen schafft eine gerechtere Ausgangslage für alle. Er liefert eine leicht umzusetzende Lösung, die dadurch aber nicht weniger effektiv ist. Es ist eine kleine Änderung, die keine grosse Umwälzung braucht und dennoch grosse Wirkung erzielen kann. Der Vorstoss fordert nichts anderes, als was eigentlich von den Volksschulen erwartet werden kann, nämlich die Schülerinnen und Schüler auf ihre Zukunft gut vorzubereiten. Und dazu gehört nicht nur die Berufsvorbereitung und Hilfestellung bei der Lehrstellensuche, sondern eben auch die Vorbereitung auf die Gymiprüfung.

Die SP-Fraktion wird dieser Einzelinitiative zustimmen. Und ich bitte Sie, dies auch zu tun. Besten Dank.

*Angie Romero (FDP, Zürich):* Keine Frage: Chancengleichheit ist ein berechtigtes, wichtiges Anliegen. Nur: Vollkommene Chancengleichheit ist illusorisch. Daran wird auch diese Einzelinitiative nichts ändern. Vermögende Eltern werden

ihren Kindern immer noch mehr Nachhilfestunden oder Nachhilfe während einer noch längeren Zeit als die Volksschule oder gar den Besuch einer Privatschule ermöglichen können, um bessere Chancen auf die Aufnahme ins Gymnasium zu haben. Auch kann diese Initiative nichts daran ändern, dass bildungsnahe, engagierte Eltern vermutlich mit ihren Kindern für die Gymi-Prüfung lernen, während das andere Eltern nicht wollen oder können.

Besonders störend an dieser Initiative ist, dass sie allen interessierten Schülerinnen und Schülern Unterstützung bei der Gymi-Vorbereitung zukommen lassen will. Es sollen alle interessierte Schülerinnen und Schüler eine faire Chance erhalten. Das ist nicht Chancengleichheit, sondern – mit Verlaub – der Traum von Ergebnisgleichheit. Es ist nämlich eine Tatsache, dass sich auch Schülerinnen und Schüler für das Gymnasium interessieren, die die nötigen Fähigkeiten klar nicht mitbringen. Wieso soll in einem solchen Fall Unterstützung geboten werden? Die gewünschten Vorbereitungskurse sind nur effektiv und erreichen den gewünschten Erfolg, wenn sie Schülerinnen und Schülern offen stehen, die das entsprechende Potenzial mitbringen. Nicht umsonst verlangen private Anbieter in der Regel einen gewissen Notendurchschnitt in den relevanten Fächern für die Teilnahme an ihren Vorbereitungskursen. Durch eine solche Begrenzung können sie sicherstellen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das minimal benötigte Wissen mitbringen, um erfolgreich die Gymi-Prüfung zu bestehen. Auch können die Klassen klein gehalten werden und die Vorbereitung kann auf dem benötigten hohen Niveau erfolgen. Das ist das Erfolgsrezept, und nicht das hier vorgeschlagene Giesskannen-Prinzip.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung: Wir haben in der Schweiz ein hervorragendes duales Bildungssystem. Ist es wirklich nötig, möglichst viele Maturanden zu haben? Misst sich die Chancengleichheit allein daran? Das glaube ich persönlich nicht.

Die FDP wird die vorliegende Einzelinitiative nicht vorläufig unterstützen. Besten Dank.

*Christoph Ziegler (GLP, Elgg):* Ein Vorschlag aus der Mottenkiste. Die Vorlage 4910 wurde vom Kantonsrat vor einigen Jahren versenkt. Der regierungsrätliche Vorschlag war damals uns Grünliberalen nicht unsympathisch. Doch es würden sich da einige Fragen stellen: Wer trägt die Kosten? Gemeinden oder Kanton? Können auch Schülerinnen und Schüler an Gymi-Vorbereitungskursen teilnehmen, die an der Prüfung gänzlich chancenlos sind und sich nur anmelden, um hier von zusätzlichem Gratisnachhilfeunterricht zu profitieren? Hätte auch ein einzelner Schüler einer kleinen Gemeinde ein Anrecht darauf? Daneben gibt es noch einige zusätzliche Vorbehalte: Der wichtigste Faktor zum Bestehen der Mittelschulaufnahmeprüfung ist der Schulunterricht als ganzer, und dieser ist nicht gerecht im Sinne der Chancengleichheit, da nicht alle Schülerinnen und Schüler den gleichen Unterricht erhalten, da die Lehrpersonen und die Mitschüler verschieden sind. Ebenfalls ist die Bildungsnähe beziehungsweise Bildungsferne der Familie entscheidend für den schulischen Erfolg. Hier haben wir mit dem Projekt

«ChagAll» ein Postulat (*KR-Nr. 134/2018*) mitunterzeichnet, das gezielt die motivierten Schülerinnen und Schüler fördert und nicht mit der Giesskanne Vorbereitungskurse für alle fordert. Leider versauert dieses Postulat auf der Traktandenliste. Schon seltsam: Am 22. Februar 2019 war die Initiantin noch nicht im Kantonsrat. Initiativen von Einzelpersonen, auch wenn sie wie ein Postulat formuliert sind, werden nach wenigen Monaten behandelt. Wenn die Initiantin heute als Kantonsrätin einen solchen Vorstoss einreichen würde, müsste sie ein paar Jahre warten. Das kann doch nicht sein. Oder muss ich jetzt als Kantonsrat beginnen, Einzelinitiativen einzureichen, damit meine Vorstösse schneller behandelt werden?

Zurück zum Thema: Gymi-Vorbereitungskurse für alle wurden schon vor wenigen Jahren vor allem aus Kostengründen abgelehnt. Wenn schon, dann soll die Regierung die Möglichkeit solcher Kurse im Rahmen meines überwiesenen Postulats «Sozialpädagogische Förderung für Leistungsstarke» (*KR-Nr. 328/2015*) aufnehmen. So entstünden keine zusätzlichen Kosten. Neu zählen übrigens auch wieder die Vornoten für die Aufnahmeprüfung. Dies mildert den Prüfungsdruck etwas.

Wir Grünliberalen unterstützen die Einzelinitiative nicht.

*Kathrin Wylder (CVP, Wallisellen):* Die CVP unterstützt diese Einzelinitiative nicht.

Ein Vorbereitungskurs für die Gymnasial-Prüfung sollte nicht Nachhilfestunden implizieren, sondern die Schüler auf die Prüfung vorbereiten, sodass sie wissen, was sie erwartet. Ich denke, dass dies die Vorbereitungskurs der Volksschule beinhaltet.

Das Interesse allein genügt nicht als Garant dafür, das Gymnasium erfolgreich absolvieren zu können. Eine objektive Vorauswahl der Lehrerschaft macht durchaus Sinn. Ich bin mir sicher, dass unsere Lehrer der Volksschule Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund nicht benachteiligen. Ein Beispiel aus der Praxis: In der 6. Gymnasiumsklasse meines Sohnes haben zirka 50 Prozent der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund. Das Ziel sollte nicht sein, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler ans Gymnasium kommen, sondern dass möglichst alle Lernenden einen Sek-II-Abschluss erreichen. Des Weiteren ist es für mich fraglich, ob die Eltern ihren Kindern mit zusätzlichen Vorkursen für die Aufnahmeprüfung und mit weiteren Nachhilfestunden während der Mittelschulzeit wirklich einen Gefallen erweisen.

*Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon):* Der EVP ist Chancengerechtigkeit sehr wichtig. Deshalb haben wir diese Einzelinitiative mit Interesse angeschaut, aber beim Betrachten der Formulierung wurde uns dann eher unheimlich zumute. Da steht nämlich: «Angebote an Gymi-Vorbereitung sind so auszubauen, dass alle interessierten Schülerinnen und Schüler Unterstützung und eine faire Chancen erhalten, die Aufnahme ins Gymi zu schaffen.» Das geht uns wesentlich zu weit. Da sind wir mit der erwähnten Motion von Markus Späth 134/2018 «Chancengerechtigkeit durch Arbeit an der Lernlaufbahn» wesentlich glücklicher. Da wird

nämlich der Regierungsrat beauftragt, die Gesetze so anzupassen, dass begabte Jugendliche aus bildungsfremden Familien mit spezifischen Förderprogramm eine echte Chance für den Eintritt ins Gymnasium oder in die Fachmittelschule oder in die Berufsmaturitäts-Ausbildung erhalten. Da steht auch das bewährte «ChagAll»-Förderprogramm.

Die normale Gympi-Vorbereitung liegt bei den Gemeinden respektive bei den Lehrpersonen. Wir unterstützen eine Gympi-Vorbereitung, bei der man – um beim Bild zu bleiben – Pflanzen gezielt bewässert, aber nicht die berüchtigte Giesskannen-Lösung oder in diesem Fall sogar eher eine Feuerwehrschauch-Lösung, die alles ertränkt.

Wir sagen zur Förderung begabter Schülerinnen und Schüler Ja, zu Kursen für alle Schülerinnen und Schüler ohne Rücksicht auf Begabung Nein.

Wir unterstützen die Einzelinitiative nicht.

*Judith Stofer (AL, Zürich):* Eine kurze Replik auf Christoph Ziegler: Meines Wissens ist es der Ratspräsident, der die Traktandenliste zusammenstellt. Jetzt besteht eben eine Koinzidenz, dass die jungen Leute gerade erst in den Rat gewählt wurden. Ich finde, es gibt daran nichts auszusetzen.

Für die Alternative Liste ist die Chancengerechtigkeit ein wichtiges bildungspolitisches Ziel. Aus diesem Grund werden wir die EI unterstützen, mit einer kleinen kritischen Einschränkung:

Für uns ist es wirklich essentiell, dass alle Schülerinnen und Schüler von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können, dass dieses Angebot wirklich nicht nur für die interessierten Schülerinnen und Schüler, sondern für alle Schülerinnen und Schülern angeboten wird und auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, dass es wirklich in den Schulen ein ständiges Angebot wird. Es sollen alle davon profitieren. Besten Dank.

### *Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 105/2019 stimmen 56 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht.** Die Einzelinitiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.